

**Beschluss des 7. Landesparteitages
der 2. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 19.9.20 in Sömmerda**
(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 4 Enthaltungen angenommen)

Erweiterung der Kompetenzen der Polizeivertrauensstelle

DIE LINKE. Thüringen setzt sich dafür ein und fordert die Landesregierung auf, dass die von R2G auf den Weg gebrachte Polizeivertrauensstelle (PVSt.) erweiterte Kompetenzen wie folgt erhält:

- Recht auf eigene Ermittlungskompetenz ggf. mit eigenständigem Zugriffsrecht auf die Dienststruktur der internen Ermittlung bei der Polizei mit entsprechender Berichtspflicht ggü. der Vertrauensstelle (bei Konflikt mit der StPO gilt es der PVSt. mindestens eine Prüfungskompetenz zu erteilen)
- Recht auf polizeiliche Akteneinsicht (ggf. nach Abschluss eines Verfahrens)
- Vernehmungsrecht bzw. Befragungsrecht
- Öffnung der Vertrauensstelle für Polizeibeamt*innen, unabhängig vom Dienstweg und unter Wahrung der Vertraulichkeit

DIE LINKE. Thüringen geht nicht davon aus, dass eine Polizeivertrauensstelle, die beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales angesiedelt ist, wirklich unabhängig agieren kann. Wir fordern die Landesregierung daher auf, die PVSt. vom TMIK zu exkludieren.